Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

88 (15.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 88 — Freitag, den 15. April 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Apostolische Nuntius überbrachte heute dem Reichspräsidenten zu seiner Wiederwahl die Glückwünsche des diplomatischen Korps.

*

Für den Gesamtbezirk Berlin ist auch die Hitler-Jugend verboten worden.

*

Hitler hat aus Anlaß des SA.-Verbotes einen Aufruf an seine Anhänger erlassen, in dem er seinen Kameraden der SA. empfiehlt, sich nur noch als Parteigenossen zu betrachten.

*

Botschafter Nadolny hat der Abrüstungskonferenz den Antrag unterbreitet, daß Artikel 1 des Konventionsentwurfes eine genauere Formulierung im Sinne einer stärkeren Betonung des Abrüstungsgedankens erhalte.

*

Die Gerüchte, daß sich gefälschte ausländische Schatzanweisungen in Höhe von etwa 300 Millionen Kronen unter den Aktiven der Kreuger und Toll AG. befinden, scheinen sich zu bestätigen.

Glückwünsche des diplomatischen Korps zur Wiederwahl Hindenburgs

Berlin, 14. April. Der Reichspräsident empfing heute den apostolischen Nuntius Monsignore Orsenigo, der ihm als Doyen des diplomatischen Korps dessen Glückwünsche zu seiner Wiederwahl überbrachte.

Anfechtung des Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl

Bonn, 13. April. Der frühere thüringische Minister Dr. **Frick** hielt hier eine Rede, in der er sich zunächst über die Reichspräsidentenwahl vom 10. April verbreitete und bemerkte, **daß die NSDAP. die Wahl anfechten werde, da die nach der Reichsverfassung garantierte Wahlfreiheit nicht gewährt worden sei.**

Das S.A.-Verbot

Durchführung des Verbotes der SA.- und SS.-Formationen

Berlin, 14. April. Wie aus Stettin, Dresden, Hannover, Osnabrück, Breslau, Nürnberg und Stuttgart gemeldet wird, sind in diesen Städten in Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten die **SA.-Heime von der Polizei durchsucht und geschlossen worden.** In Stettin wurden in der Zeugmeisterei der SA. einige Uniformstücke beschlagnahmt. Ebenso wurden in Dresden die Vorräte der Zeugmeisterei sichergestellt. In Osnabrück wurden in dem Verkaufsraum der Großdeutschen Buchhandlung der NSDAP. Abzeichen, Ausrüstungsgegenstände usw. beschlagnahmt. Die Schließung und Durchsuchung der SA.-Heime verlief überall reibungslos. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im übrigen Westfalen ist die Auflösung der SA.- und SS.-Formationen und die Schließung der Heime durch die Polizei **ohne jede Störung vor sich gegangen.**

Die SA.-Heime in **Görlitz, Leipzig** und **Chemnitz** wurden polizeilich geschlossen. Im Gaubüro der NSDAP. in **Hamburg** wurde umfangreiches Material beschlagnahmt. 20 Personen, darunter 7 Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft und ein Reichstagsabgeordneter wurden sistiert.

In **Köln** wurden in den Geschäftsräumen der NSDAP und im SA.-Heim einige Schriftstücke und eine große Menge Uniformen und Ausrüstungsgegenstände beschlagnahmt.

In **Darmstadt** und Umgegend wurden beschlagnahmt: ein Flugzeug, mehrere Autos und Motorräder, eine Menge vollgepackter Tornister mit „eisernen Rationen", Feld- und Telephongeräte, Verbandspäckchen und Sanitätsmaterial, Militärmäntel mit Achselstücken des Artillerieregiments 61 und größere Mengen militärischer Ausrüstungsgegenstände. Sichergestellt wurden zahlreiche Handfeuerwaffen sowie Hieb- und Stichwaffen aller Art. Schriftstücke und Urkunden von beachtlichem Inhalt wurden ebenfalls sichergestellt.

In München wurden, wie ein Polizeibericht besagt, durch die Polizei Durchsuchungen im Braunen Haus in der Gaugeschäftsstelle, in der Reichsführerschule und bei der Reichsleitung der SS. vorgenommen. Material, das militärischen Zwecken der SA.- und SS.-Organisationen gedient haben soll, wurde polizeilich sichergestellt.

Die Aktion in Berlin, die ohne Zwischenfälle verlaufen ist, wurde abends beendet. An der Aktion waren 25 Schupokraftwagen, 9 Lastkraftwagen, 150 Kriminalbeamte, 10 Kriminalkommissare und 120 uniformierte Schutzpolizeibeamte beteiligt.

In Hamburg ereignete sich ein Zwischenfall bei der Durchsuchung des Gaubüros der Nationalsozialistischen Partei. Das Haus war vor dem Eintreffen der Polizei unter Tränengas gesetzt worden. Den Beamten war es deshalb nicht möglich, in die vergasten Räume zu gelangen. Man mußte dem Gas erst durch Einschlagen der Fenster einen Abzug verschaffen. Fünf Parteiangehörige darunter das Bürgerschaftsmitglied von Allmenröden, wurden von der Polizei nach dem Stadthaus gebracht.

Schließung der SA.-Büros in Berlin

Berlin, 14. April. Die Schließungsaktion bei den Berliner SA.-Heimen und -Büros wurde am Donnerstag vormittag fortgesetzt. Insgesamt wurden heute bisher mehr als 50 Büros geschlossen. Das vorgefundene Material wurde beschlagnahmt. Die Schließungsaktion selbst hat sich völlig reibungslos abgewickelt. Lediglich in zwei Fällen ist von SA.-Leuten versucht worden, Inventar in sogenannte Ausweichquartiere zu schaffen.

Hitlerjugend verboten

Berlin, 14. April. Wie wir erfahren, ist heute auch die Hitlerjugend verboten worden. Das Verbot erstreckt sich vorläufig nur auf den Gesamtbezirk Berlin. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch in anderen Teilen Preußens das Verbot für das Weiterbestehen der Hitlerjugend ausgesprochen wird.

*

Aufruf Hitlers zum Verbot

Berlin, 14. April. Adolf Hitler hat zu dem SA.- und SS.-Verbot einen Aufruf an seine Anhänger erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Nun wißt Ihr, weshalb ich versuchte die Präsidentschaftskandidatur der schwarz-roten Parteien zu verhindern. General Gröner hat als Auftakt für die Länderwahlen die SA und SS aufgelöst. Reichsbanner und Eiserne Front dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und daher nicht verboten. Unser Antwort auf diesen neuen Verzweiflungsschritt des Systems wird keine Parade, sondern ein Hieb sein. Am 24. April ist der Tag der Vergeltung. Zu dem Zwecke empfehle ich Euch meine ehemaligen Kameraden der SA. und SS., folgendes: Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen. Ihr erfüllt als Parteigenossen Eure Pflicht, indem Ihr Euch in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen Wahlarbeit freiwillig mehr als je zuvor zur Verfügung stellt. Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgend welchen fadenscheinigen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. Wenn Ihr Eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Gröner durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen. Denn trotz General Gröner: Am 24. April möge es einer gerechten Vorsehung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen.

*

Im Spiegel der englischen Presse

London, 14. April. Die Nachricht von der Auflösung der nationalsozialistischen SA.- und SS.-Formationen hat in der englischen Oeffentlichkeit stärkste Beachtung gefunden. Die Morgenblätter bringen spaltenlange Meldungen ihrer Korrespondenten über die Gründe dieses Schrittes und die gegen „Hitlers private Armee" erfolgten polizeilichen Maßnahmen. Der Berliner Korrespondent der „Morningpost" nennt den Beschluß der Reichsregierung die erste Frucht erneuten Selbstvertrauens infolge der Wiederwahl des Präsidenten von Hindenburg. „Daily Telegraph" sagt in einem Leitartikel, die Gefahr für Deutschland sei im vorliegenden Falle unzweifelhaft gewesen. Unter der Ueberschrift „Ein mutiger Schritt" billigt „Times" in einem Leitartikel den Beschluß der deutschen Regierung, die halbmilitärische Organisation der Nationalsozialisten zu verbieten.

*

Hitler über S.A. und Preußenwahlen

T.U. **London,** 14. April. In einer Unterredung mit dem Berliner Sonderkorrespondenten des „Evening Standard" erklärte Adolf Hitler dem Blatt zufolge: Das Verbot der Sturmtruppen kann nicht ewig dauern. Es ist nur eine zeitweilige Maßnahme. Bald werden die Sturmtruppen wieder da sein und wenn sie wieder auferstanden sind, so werden die 400 000 Mann, die jetzt durch amtlichen Befehl „gestorben" sind, auf 600 000 oder mehr angewachsen sein.

Auf eine Reihe von Fragen antwortete Hitler wie folgt: Von den 400 000 Mitgliedern der verbotenen nationalsozialistischen Organisationen sind 300 000 arbeitslos. Sie werden harte Zeiten durchmachen müssen und das Verbot wird ihre Vorliebe für die gegenwärtig Regierenden nicht erhöhen. Es ist unmöglich, daß sie zu den Kommunisten oder irgendeiner anderen Partei übergehen. Niemand, der dem Geist des Nationalsozialismus angehört hat, verläßt diesen jemals. Bei den Präsidentenwahlen haben wir einsam eine Schlacht ausgefochten. Ich werde nichtsdestoweniger zufrieden sein, wenn wir die 8½ Millionen Stimmen, die wir bei den Präsidentenwahlen in Preußen erhielten, beibehalten. Dann würden wir 160 Sitze im Preußischen Landtag erhalten und die N.S.D.A.P. würde dort die stärkste Partei sein. Es ist keine Frage, daß die bürgerlich-nationalen Kreise auf unsere Seite herüberkommen und uns in den Stand setzen würden, die preußische Regierung zu bilden.

Auf die Frage, wie Hitler die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland ohne die Hilfe der Sturmtruppen aufrecht erhalten wollte, erklärte Hitler: „Meine Methoden, an die Macht zu kommen, waren und bleiben streng verfassungsgemäß. Ich benötige daher nicht die Hilfe der Sturmtruppen, um die Macht in Deutschland zu erlangen."

Auf die Frage, welche Beweggründe nach seiner Ansicht die Reichsregierung zu ihrer Maßnahme veranlaßt hätten, erklärte Hitler, zunächst glaube er, obgleich er dafür keine Beweise habe, daß Dr. Brüning den Sozialdemokraten die von ihnen verlangte Belohnung für die Unterstützung Hindenburgs bei den Präsidentschaftswahlen geben wollte. Der entscheidende Grund sei aber nach seiner Meinung ein außenpolitischer gewesen. Vor einem Jahre habe die französische Regierung die Auflösung der Sturmtruppen verlangt, die sie als eine Bedrohung Frankreichs betrachtete. Dr. Brüning scheine zu glauben, daß Außenpolitik um so leichter geführt werden könne, je schwächer ein Land sei. Warum habe dann die Regierung nicht ebenso das Reichsbanner und den Stahlhelm verboten? Diese beiden Organisationen würden anscheinend als militärisch wirksam nur innerhalb Deutschlands betrachtet. Es sei für ihn als einen deutschen Patrioten eine Ehre, daß seine Organisation allein als Zielscheibe des Angriffs auserlesen wurde.

Sitzung des Reichsrats

Berlin, 14. April. Der Reichsrat hielt am Donnerstag seine erste Sitzung nach Ostern ab. Eine längere Aussprache entspann sich über die Verlängerung des Neutralitätsvertrages und des Schlichtungsabkommens mit der Sowjetunion. Die Verträge sollen frühestens am 30. Juni 1933 wieder kündbar sein. Der **bayerische Gesandte** Dr. von **Preger** lehnte namens der bayerischen Regierung die Verlängerung ab, solange nicht ausreichende Sicherung für die deutsche Holz- und Waldwirtschaft geschaffen sei.

Der **württ. Gesandte Bofler** gab gleichfalls eine ablehnende Erklärung ab, in der es heißt: **daß die württembergische Holz- und Waldwirtschaft von der russischen Schleuderkonkurrenz besonders betroffen sei,** und daß die württ. Regierung wiederholt dringende Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben habe, um einen ausreichenden Schutz für die deutsche Waldwirtschaft zu erreichen. Da die vorliegenden Verträge auch eine Weitergeltung der im Rapallovertrag enthaltenen Meistbegünstigungsklausel bedingt, lehne die württ. Regierung die Verlängerung ab.

Der Vertreter der **badischen Regierung** unterstützte in einer Erklärung nachdrücklichst den Wunsch, daß die Reichsregierung baldigst ausreichende Sicherungen für die deutsche Volkswirtschaft schaffen möge. Dieser badischen Erklärung schlossen sich die meisten Länder an. Die preußische Regierung ließ erklären, daß es sich bei den vorliegenden Verträgen um rein politische Verträge handele, denen die preußische Regierung zustimme. Im übrigen hätten die Reichsratsausschüsse bereits beschlossen, in nächster Zeit die Holzfrage ausführlich zu erörtern. Mit Mehrheitsbeschluß wurde dann der Verlängerung zugestimmt. Der Reichsrat genehmigte dann die Ausprägung von weiteren 100 Millionen Mark in Fünfmarkstücken. Hierbei wurde aus dem Reichsrat der Wunsch geäußert, daß die Fünfmarkstücke etwas kleiner geprägt, in ihrer jetzigen Größe und Schwere seien sie zu einer förmlichen Landplage geworden und hätten eine wesentliche Erschwerung des Verkehrs mit sich gebracht.

*

Nach ausgedehnter Kabinettsberatung: Abreise Brünings nach Genf.

T.U. **Berlin,** 14. April. Das Reichskabinett befaßte sich am Donnerstag in einer ausgedehnten bis in die späten Nachmittagsstunden dauernden Kabinettssitzung mit finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen. Die Beratungen galten im einzelnen einmal dem Reichshaushalt und weiterhin in Verbindung damit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, dessen Verwirklichung allein von der Finanzierungsfrage abhängt. Am Donnerstag abend begab sich dann Reichskanzler Brüning in Begleitung des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung, Zechlin, und des Oberregierungsrates Planck von der Reichskanzlei nach Genf. Die zuständigen Ressorts werden die Frage der Arbeitsbeschaffung während der Abwesenheit des Reichskanzlers mit Nachdruck weiterbetreiben.

Wovon man spricht

Internationale Fälscherbande aufgetaucht?

Berlin, 14. April. Vor einigen Tagen traf aus Wien und Budapest die Nachricht ein, daß dort ein Fälscherkonsortium aufgetaucht war, das sich mit dem Absatz **gefälschter englischer Banknoten** beschäftigte. Den Leuten ist es gelungen, dort eine große Anzahl abzusetzen. Alsdann reisten sie weiter. Die Vertreiber sind zunächst in Paris, Marseille, Venedig und Zürich aufgetaucht, bis sie jetzt ihr Tätigkeitsfeld nach Deutschland verlegten. Sie boten hier zuerst in Köln englische Fünfpfund-Noten an, die unter der Hand gekauft wurden. Die Fälschungen wurden erst später entdeckt. Die Zentralstelle in Berlin unterrichtete sämtliche deutschen Polizeibehörden von den Vorkommnissen und erreichte es dadurch, daß gestern zwei der Agenten in Hannover verhaftet werden konnten.

Emdener Polizei gegen kommunistische Ruhestörer

Emden, 14. April. Mehrere hundert Kommunisten mit Frauen und Kindern versuchten die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung zu stören. Das Wohlfahrtsamt mußte die Auszahlung auf etwa zwei Stunden unterbrechen. Die Polizei räumte den Platz mit dem Gummiknüppel. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt.

Kommunistische Unruhen in der Provinz Fukien in Südchina

Amoy, 14. April. (Reuter.) Die hiesigen britischen Staatsangehörigen haben zum Schutz ein Kanonenboot angefordert, da starke kommunistische Streitkräfte im Anmarsch nach der Endstation der kurzen Eisenbahnlinie Amoy-Tschangtschau seien. Die englischen und amerikanischen Missionare flüchten aus der Gegend von Tschangtschau hierher.

Vulkanausbruch bei Baku — Fünf Tote

Moskau, 14. April. Auf der Insel Swinoj, 30 Meilen von Baku entfernt, ist ein Vulkan in Tätigkeit getreten. Der in der Nähe befindliche Dampfer „Jakob Sewin" hat sofort Rettungsmaßnahmen für die Einwohnerschaft getroffen. Es wurden 18 Personen mit starken Brandwunden an Bord genommen, fünf Personen sind in den Flammen umgekommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Zum 100. Geburtstag Wilhelm Buschs

Gedenkfeier am Grabe des Dichters.

T.U. **Mechtshausen** (Hannover), 14. April. Die aus Anlaß des 100. Geburtstages Wilhelm Buschs von der Wilhelm Busch-Gesellschaft veranstaltete Erinnerungsfeier wurde am Donnerstag mit einer Gedenkrede an der Ruhestätte Buschs auf dem Dorffriedhof in Mechtshausen eingeweiht. Eine wohl tausendköpfige Menge von Freunden des großen Humoristen hatte sich eingefunden. Reich, Staat und Provinz hatten Vertreter entsandt. Als Beauftragter Wilhelm II. und seiner Gemahlin war Generalmajor z. D. von Dommes erschienen. Ferner sah man Vertreter der Busch-Verleger Braun und Schneider und Bassermann in München. Die niedersächsische Dichtergemeinde repräsentierten Professor Sohnrey u. a. Vom Vorstand der Busch-Gemeinde war mit den Neffen des Toten, den Brüdern Nöldecke, der Ehrenvorsitzende Landeshauptmann Hagemann anwesend. Im Auftrage der preußischen Staatsregierung sprach Regierungspräsident Höhnen-Hildesheim. Der Redner stellte die Frage: „Was war er uns?" und sagte:

„Das größte, was Busch uns gegebenen hat, ist der Aufbau seines Lebens. Wir wandern alle in der Unruhe unserer Tage, dem Augenblick mit seiner Mühe und Klage verfallen. Er schreitet, dem inneren Gesetz seines Lebens folgend, aufwärts, sich mehr und mehr lösend von der Welt des Feindes und den Bindungen des Tages, bis er der Weise wird, der den bitteren Kern des Lebens wohl erkennt und es doch freudig bejaht, der Weise, in dem alle hohen Züge deutschen Wesens zu einer wunderbaren abgeklärten reifen Persönlichkeit zusammenfließen. In diesem Leben ist dem deutschen Volk ein großer Schatz gegeben, der noch längst nicht gehoben ist."

Generalmajor von Dommes ehrte dann im Auftrage des Kaisers und seiner Gemahlin Wilhelm Busch, den Dichterphilosophen, der ihnen in früheren glücklicheren Zeiten so manchen heiteren Augenblick geschenkt habe, durch Niederlegung eines Kranzes.

Anschließend sprach Pastor Nöldecke-Lüthorst. Er betonte, daß es in den ersten Jahren von Buschs Aufenthalt in Mechtshausen den Dorfbewohnern kaum bekannt gewesen sei, wer in ihrer Mitte weilte. In der großen lauten Welt habe man gar nicht gewußt, wo Wilhelm Busch geblieben war oder ob er überhaupt noch lebte. Erst als sein 70. Geburtstag kam, habe ein Zeitungsmann den Weg in das weltferne Dorf gefunden und über den Einsiedler in Mechtshausen berichtet. Nöldecke erinnerte zum Schluß daran, was Busch am Ende seines Lebens des Wanderns müde geschrieben hat: „Nun kommt die Rast. Ich bin bereits am Ziele. Ganz nahe hör' ich schon die Lethe fließen, und siehe, am Ufer stehen ihrer Viele, mich, der ich scheide, freundlich zu begrüßen."

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Nach württembergischen Vorbild. Die Preußische Staatsregierung beabsichtigt den Erlaß einer Verordnung, durch die die Verwaltung der aus dem staatlichen Ausgleichsfonds gewährten Hauszinssteuerhypotheken einer zu errichtenden staatlichen Wohnungskreditanstalt nach dem Beispiel Württembergs übertragen wird.

Rücktritt des peruanischen Kabinetts. Ministerpräsident Panata ist mit dem ganzen Kabinett zurückgetreten.

Wieder normaler Zugverkehr im argentinischen Katastrophengebiet. Wie die Agentur Havas aus Buenos Aires meldet, ist nach Aufhören des Aschenregens in Argentinien der Zugverkehr wieder in der normalen Weise aufgenommen worden. Die Hilfsexpeditionen, die die Regierung in die besonders bedrohten Gebiete entsenden wollte, sind nunmehr überflüssig geworden.

Zwei Tote bei den Demonstrationen in der Tschechoslowakei. Nachmittags kam es in der Stadt Brüx selbst zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Gendarmerie. Fast alle Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Schließlich gab die Gendarmerie zwei Salven ab, durch die zwei Demonstranten auf der Stelle getötet und sechs Demonstranten schwer verletzt wurden.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 15. April.

Bad. Landestheater: „Im weißen Rößl", 20—23 Uhr.
Scala-Tonfilm-Theater: „Trader Horn", 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Der Flüchtling", 7 und 9 Uhr.

Badischer Landtag

Rechtspflegeausschuß

Karlsruhe, 14. April. Der Rechtspflegeausschuß hat einen erneuten Antrag der Nationalsozialisten gegen das Schächten von Tieren wiederum abgelehnt. — Ein Eingabe des Verbandes badisch-pfälzischer Zimmermeister wünscht im Hinblick auf die Not unserer Holzindustrie die Einführung von Hartholztreppen bei künftigen öffentlichen Bauten und eine entsprechende Abänderung der Landesbauordnung. Der Antrag des Berichterstatters, das Gesuch der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß in weitherziger Auslegung der gesetzlichen Vorschriften die Verwendung von Hartholz überall da gestattet sein soll, wo nach Lage des Falles eine Feuersgefahr als ausgeschlossen gelten kann, fand einstimmige Annahme.

Die Beratung wandte sich dann dem Antrag der Abgeordneten Dr. Föhr und Genossen (Z.) betr. **Bekämpfung der Gottlosenbewegung** zu. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß es nicht möglich sein wird, allein auf dem Wege der Gesetzgebung der Gottlosenbewegung erfolgreich entgegenzutreten. Man werde in sehr starkem Maße auf die Mitarbeit von Schule und Kirchengesellschaften angewiesen sein. Er stellte den Antrag, dem Antrag der Zentrumsfraktion zuzustimmen. — Es folgte eine eingehende Aussprache.

Von Zentrumsseite wurde betont, der Antrag richte sich nicht gegen die Freiheit der Ueberzeugung, sondern insbesondere gegen die Propaganda gegen Gott. Die Gottlosenbewegung sei schließlich auch eine Gefahr für jede einzelne Familie. Es sei unerhört, wie die Geistlichkeit behandelt würde. Auch die Kirchenaustrittsbewegung werde durch die Hetze der Gottlosen stark gefördert. Es bestehe hier für alle eine große Verantwortung, deshalb müsse von allen gesetzlichen Mitteln und Möglichkeiten unbedingt Gebrauch gemacht werden. Der Kultusminister gab eine Darstellung der Propagandamethoden der Gottlosenbewegung. Leider seien auch Lehrkräfte von dieser Bewegung schon ergriffen. In Baden trete die Gottlosenbewegung in geringerem Umfange auf wie in Norddeutschland. Gleich dem preußischen Innenminister habe der badische Innenminister Anweisungen an die Polizeibehörden gegen Auswüchse erlassen. Auch in den Schulen sei das Entsprechende geschehen. Eine klare und schärfere Fassung der gesetzlichen Vorschriften sei zu erstreben. — Der sozialdemokratische Sprecher erklärte, daß man sich auf seiner Seite der Stimme enthalte, da bis jetzt aus Baden kaum schwerwiegende Auswüchse bekannt geworden seien. Auswüchse der geschilderten Art würden auch von der SPD. verurteilt. — Von Zentrumsseite wurde nochmals die Notwendigkeit unterstrichen, energisch zuzugreifen. — Ein Nationalsozialist erklärte sich für den Zentrumsantrag. — Der volksparteiliche Vertreter unterstützte den Antrag, der eine politische Gefahr bekämpfe, die ihre Spitze gegen die Grundlagen des Staates, gegen die Kirche, richte. Ein Regierungsvertreter gab nähere Auskunft über die Abwehrmaßnahmen der Polizei. — Ein sozialdemokratischer Redner machte einen Unterschied zwischen den deutschen Freidenkern und den proletarischen (kommunistischen) Freidenkern. Auch der Vertreter der Staatspartei stimmte dem Antrag zu. Im Schlußwort wurde von Zentrumsseite noch auf die Tätigkeit des Tannenbergbundes hingewiesen, die verhetzend wirke. Der Zentrumsantrag wurde dann mit 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Haushaltsausschuß

Karlsruhe, 14. April. Im Haushaltsausschuß wurde nochmals die Debatte über die Wohnungspolitik aufgenommen. Ein Zentrumsredner bezeichnete es als untragbar, daß das Land für die Wohnungsfürsorge überhaupt nichts mehr zur Verfügung stelle. Der Zusammenbruch des **Neuhausbesitzes** müsse vermieden werden. Der Zins für Baudarlehen müsse herabgesetzt werden. Ein Betrag von 150 000 RM. pro Jahr für Erleichterung der Lage des Neuhausbesitzes und Instandsetzung von Altwohnungen sei zu gering. Von sozialdemokratischer Seite wurde ausgeführt, daß es genüge, wenn statt 2,5 Millionen nur 1,2 Millionen RM. kurzfristige Schulden getilgt würden. Man könne nicht die Häuser verfallen lassen, die restlichen Mittel müßten hierfür verwendet werden. Man müsse auch einen Weg suchen, um den Neuhausbesitz zu helfen.

Der Vertreter der Fraktionsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei bezeichnete es als erfreulich, daß jetzt allgemein mehr und mehr die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten und politische Gesichtspunkte nebensächlich wären. Die Regierung könne ihre Zurückhaltung in der Frage des Neuhausbesitzes nicht mehr aufrecht erhalten. — Ein weiterer volksparteilicher Redner wies auf die Notlage der Besitzer von Villen hin, die nicht zu verkaufen seien. Er verlangte Entgegenkommen hinsichtlich der Gebäudesondersteuer in solchen Fällen. Es sei ein wirtschaftlicher Wahnsinn, wenn man beispielsweise in Mannheim zur Zeit eine Fabrik niederlege und damit wirtschaftliche Werte zerstören ließe, weil das Unternehmen nur auf diese Weise steuerliche Entlastung erfahren könne. — Beim Kapitel Landeskommissäre regte der volksparteiliche Redner an, den Landeskommissären entsprechend der Bedeutung ihrer Stellung die Bezeichnung Ministerialrat zu geben. — Der Ausschuß erledigte weiter die Kapitel Verwaltungsgerichtshof, Bezirksverwaltung, Heil- und Pflegeanstalten, Landesfrauenklinik und Landesgewerbeamt. Im Verlaufe der Debatte wurde festgestellt, daß der Syndikus der Handelskammer Mannheim ein höheres Gehalt beziehe als ein Minister; daneben habe er noch einen Lehrauftrag an der Handelshochschule Mannheim. Der Regierungsvertreter teilte dazu mit, daß zur Zeit noch Verhandlungen mit der Handelskammer Mannheim über die Gehaltsfrage schweben. — Einstimmige Annahme fand ein Zentrumsantrag, auf Erlassung der **Umsatzsteuer für Milch und Kartoffeln** beim Reiche hinzuwirken, desgleichen der Antrag auf Vergünstigung für die Ausfuhr von Grünkern und ein weiterer Antrag auf Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen.

Aus dem Gerichtssaal

Noch einmal Levita-Prozeß

Karlsruhe, 14. April. Am Mittwoch begann die Berufungsverhandlung gegen den 33 Jahre alten Kaufmann Sally Harry Levita, der bekanntlich wegen Erpressung gegenüber der Firma Reemtsma zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Bei seiner Vernehmung gab Levita die sensationelle Erklärung ab, daß er nicht mehr wie bisher den Beamten des Reichsfinanzministeriums, Ministerialrat Schröder und Ministerialdirektor Dr. Ernst sowie dem damaligen Reichsfinanzminister Hilferding den Vorwurf unlauterer Machenschaften machen könne, da er durch die Beweisaufnahme der ersten Instanz eines Besseren belehrt worden sei.

Zuchthaus für einen schweren Jungen

Freiburg, 14. April. Der Monteur Erwin Jestand aus Freiburg versucht seinen Lebensunterhalt dadurch zu verdienen, daß er seine Mitmenschen auf alle Arten betrügt und bestiehlt. Er ist Spezialist im Briefmarkenschwindel und hat schon manchen Briefmarkenhändler hereingelegt. Dabei arbeitet er mit Urkundenfälschungen und legt sich serienweise, je nach Gebrauch, Namen bei. Langjährige Zuchthausstrafen hielten ihn nicht davon ab, sein Unwesen immer von neuem zu beginnen. Ein Fahrraddiebstahl, vier Fälle Betrugsversuch und schwere Urkundenfälschung sowie ein vollendeter Betrug brachten ihm neue Verurteilung zu insgesamt zweieinhalb Jahren Zuchthaus vom Freiburger Schöffengericht. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf fünf Jahre aberkannt.

Untreuer Genossenschaftskassierer

Konstanz, 14. April. Das Schöffengericht Konstanz verurteilte den 59 Jahre alten verheirateten Landwirt Joseph Laubenberger aus Schwenningen (Amt Meßkirch), Kassierer des Ländlichen Kreditvereins in Schwenningen, wegen Unterschlagungen von etwa 9000 RM. zu fünf Monaten Gefängnis.

Für 90 000 RM. Garderobe

Im **Sklarek-Prozeß** wurde am Mittwoch der Inhaber des Schneiderateliers Keller u. Furch, Flachs, vernommen, der erklärte, die Sklareks hätten in sieben Jahren **Garderobe im Werte von 90 000 RM. für sich und ihre Freunde anfertigen lassen.** Bei der Verhaftung der Sklareks habe noch ein Betrag von 25 000 RM. offen gestanden. Als Flachs erzählt, Stadtbankdirektor Hoffmann habe sich bei ihm einen Schlafmantel aus Kamelhaar mit Seidenfütterung zum Preise von 290 RM. machen lassen, erklärt Leo Sklarek, das müsse Hoffmann heimlich gemacht haben. So einen teuren Schlafanzug könne sich höchstens ein Baron zu seiner Hochzeitsreise machen lassen. Als Stadtbankdirektor Hoffmann sich dann darüber beschwert, daß die von ihm bei Keller u. Furch bestellten Anzüge nicht paßten, nimmt Flachs Hofmann im Gerichtssal Maß und erklärt, die Sachen paßten nur deshalb nicht mehr, weil Hoffmann inzwischen dünner geworden sei.

Reichsgerichtsentscheidung im Schutzgebiet-Anleihe-Prozeß

Leipzig, 14. April. Der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts verkündete die Entscheidung im Aufwertungsprozeß über die Schutzgebietsanleihe. Die **Abweisung der Aufwertungsansprüche,** soweit sie bereits durch das Kammergericht in Höhe von 75 Prozent erfolgt ist, wurde rechtskräftig bestätigt, in Höhe von 25 Prozent dagegen die ergangene Entscheidung aufgehoben und die Sache insoweit zu neuer Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Aber Rudi! Es ist doch nicht dein erster Flug! Du müßtest doch wissen, daß es kein Seiltänzerstrick ist, auf dem wir lang ziehen!"

„Was ist denn nun zu tun?" fragte Rudi kleinlaut.

„Nichts! Gar nichts! Wir fliegen eben ins Blaue hinein!"

Dieter nahm das heftige Erschrecken wahr, das seine Worte bei Rudi hervorriefen, und fühlte Mitleid mit ihm.

„Ganz so schlimm ist es natürlich nicht, aber jedenfalls, eine Garantie für die Korrektheit unseres Fluges kann ich nicht übernehmen. Es ist möglich, daß es uns so geht wie Chamberlin, der in Kottbus landete, statt, wie er vorhatte, in Berlin."

„Wäre es nicht doch besser, wenn ich Markwald . . ."

„Wenn du Elli in Verzweiflung bringen willst, ist es das sicherste Mittel. Sie macht sich sowieso schon allerlei Sorgen."

„Die hat sie sich immer gemacht, sobald du irgend etwas unternahmst. Herrgott, wenn ich daran denke, was das Mädel auf dem Nürburgring deinetwegen für einen Bammel hatte! Ich bin sicher, daß sie sich ständig um dich Sorge macht, ein Beweis dafür, wie nahe du ihrem Herzen stehst."

Dieter sah im Geiste Ellis geliebtes Gesicht kurz vor dem Abflug von Irland. Wieviel Sorge hatte in ihrem Blick gelegen, wie mochte sie jetzt um sein Leben zittern! Wie wohl ihm dieser Gedanke tat! Wie er sein Herz erwärmte!

Er dachte an die Zeit zurück, da er mit ihr in Staaken Flugunterricht genommen und die Liebe für sie in seinem Herzen aufgeblüht war. Wäre er in einer besseren wirtschaftlichen Lage gewesen, hätte er sich ihr schon damals offenbart. Auch quälte ihn der Gedanke, sie könnte vermuten, er habe es auf ihr Geld abgesehen. So hatte er geschwiegen.

Kramer wandte den Kopf und rief den beiden das alarmierende Wort zu: „Nebel!"

Dieter sprang wie elektrisiert an den Vorderausguck und gewahrte in weiter Ferne ein weißes Wogen. Der Wind war stärker geworden, das Meer unruhig.

„Geh höher, Korporal, vielleicht ist weiter oben klare Sicht."

„Es sieht nicht danach aus, aber drunter durchzukommen wird wohl gar nicht möglich sein."

„Schlimmsten Falles müssen wir eben durch!"

Näher und näher waren sie gekommen. Was zuerst wie eine harmlose, weiße Wolke aussah, die fern am Horizont im Aether schwamm, stand jetzt wie eine hohe, graue Wand, jegliche Sicht versperrend, vor ihnen. Die beiden Flieger verspürten einen Schreck. Ihre einzige Hoffnung beruhte darauf, daß sie dank der Schnelligkeit der „Germania" recht bald aus der Gefahrenzone herauskämen.

„Mein Gott, was ist denn das?" fragte Rudi aufgestört, „es ist ja gerade, als ob man in ein Milchglas geraten wäre, nichts mehr zu sehen!"

Dieter hatte das elektrische Licht eingeschaltet, um wenigstens im Flugzeug etwas sehen zu können.

Plötzlich faßte eine Fallböe das Flugzeug und drückte es herunter, wie von einer starken Faust zu Boden geschmettert. Rudi wäre beinahe umgefallen.

„Was macht Ihr denn für Geschichten," rief er aufgeschreckt aus.

„Setz dich hin und verhalte dich ruhig, dann passiert dir nichts: bediene den Funkapparat und melde, daß wir in eine Nebelbank geraten sind, die mit Böen durchsetzt ist, aber trotzdem flott vorwärtskommen."

Der Nebel hüllte sie wie ein Leichentuch ein. Er führte Kälte mit sich, die immer stärker fühlbar wurde, und damit war es mit der, bisher so angenehmen Fahrt vorbei. Die Flieger zogen wärmende Kleidungsstücke über, doch fröstelten sie nach wie vor.

Dieter hatte Kramer von dem Verlust des Sextanten und der Karten in Kenntnis gesetzt. Beide waren sich über den Ernst ihrer Lage klar, doch sie sprachen nicht davon, um Rudi nicht zu beunruhigen.

Es fiel ihnen auf, daß sie trotz aller Schnelligkeit noch immer nicht ihr Ziel erreicht hatten. Wo waren sie eigentlich jetzt? Schwebten sie vielleicht schon über Grönland oder brauste noch immer das Meer unter ihnen? Es war nichts zu erkennen. Wiederholt waren sie tief hinuntergegangen. Ganz umsonst! Oben wie unten dichtester Nebel, nichts als Nebel.

Dieter und Kramer fühlten ihr Herz schwer werden; sie fuhren jetzt tatsächlich ins Blaue hinein. Sie befragten sich mit Blicken, was zu tun sei, doch keiner wußte eine Antwort. Heruntergehen, heraufgehen, das blieben alles Versuche, die zu nichts führten. Der Nebel konnte doch aber nicht ewig dauern. Es hieß eben einfach die Zähne zusammenbeißen und durchhalten.

Rudi war auch nicht ohne Sorge. Sein Funkapparat hatte ganz beträchtlich an Leistung nachgelassen. Die Worte Markwalds kamen so dünn durch, als flüsterte er ins Mikrophon. Er hatte ihn mehrfach aufgefordert, lauter zu sprechen, zu verstärken, oder was sonst zu tun sei. Es blieb alles beim alten.

Mit brummiger Miene versuchte er immer wieder, den Empfang zu verbessern. Plötzlich hörte die Verbindung überhaupt auf. Die Zeit verstrich, es änderte sich nichts. Endlich hörte er wieder ein paar Laute, ein undeutliches Gemurmel. Trotz krampfhafter Bemühungen konnte er kein Wort enträtseln; die Situation wurde kritisch. Er hatte an elektrische Störungen geglaubt, und den beiden anderen seine Beobachtungen verschwiegen. Doch nun ging es nicht länger, er mußte die Kameraden einweihen.

Zuvor untersuchte er den Apparat nochmals, ob sich vielleicht ein Kontakt gelockert habe. Sie waren alle in Ordnung. Aber wie er jetzt zu seiner Ueberraschung bemerkte, hatten die Batterien keine Spannung mehr . . . und es waren gar nicht die Batterien, die man ihm in Utingen mitgegeben hatte. Sie trugen nicht das Warenzeichen des Elektro-Konzerns, das er an den früheren bemerkt hatte. Er stand vor einem Rätsel.

„Dieter!" rief er mehrere Male.

Der hockte zusammengesunken neben Kramer und überhörte den Anruf. Er hatte soeben eine neue Entdeckung gemacht, die noch viel mehr Gefahr in sich schloß und die ihm das Herz zusammenschnürte. Der Reserve-Tank, seine Hoffnung in allem Unglück, war nahezu leer. Die Kraft, vorwärts zu kommen, war ihnen genommen, und der Augenblick nahte, wo sie gezwungenermaßen aufs Meer heruntergehen mußten, das sie bei ihrem jetzigen Tiefflug brausen hörten.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg